



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt IHU

Statistik Austria: 3,34 Mio. Einwanderer nach Österreich seit 2000!

von Prof. Dr. Stephan Sander-Faes, im Februar 2026 (leicht gekürzt)

Wie die Statistik Austria-Studie „Zukünftige Bevölkerungsentwicklung Österreichs und der Bundesländer 2024 bis 2080 (2100)“ eindeutig zeigt, hat die kleine Alpenrepublik mit ihren knapp 84.000 km² und 9,2 Mio. Einwohnern (2025) seit 2000 sage und schreibe 3,34 Mio. Menschen willkommen geheißen. Wenn Sie sich in Österreich also ein wenig „beengt“ fühlen, wissen Sie nun auch woher dies kommt.

Heute werden wir über die politischen Aspekte von Masseneinwanderung sprechen, die gewöhnlich als gleichsam „natürliches“ Ereignis diskutiert wird, insbesondere Migration aus nichtwestlichen Ländern in westliche Länder (mit Ausnahme von Japan und Südkorea).

Der Kern dieser Angelegenheit ist die Tatsache, dass nichts von dieser Massenmigration, die wir sehen und erleben, etwas Natürliches ist. Menschen neigen nicht dazu, so oft umzuziehen, insbesondere weil seit Menschengedenken, bis ins späte 19. Jahrhundert, 9 von 10 Menschen in der Regel in relativ kurzer Entfernung zu ihrem Geburtsort lebten und starben.

Migration als soziales Phänomen, genau genommen: Massenmigration ganzer Bevölkerungsgruppen von einem Ort zum anderen ist ein durch und durch modernes Thema und tritt typischerweise in Mitteleuropa erst ab dem (späteren) 19. Jahrhundert auf. Das erste dieser dokumentierten Ereignisse war der sogenannte „erste demographische Übergang“, der eng mit der industriellen Revolution verbunden ist und die Massenmigration der Landbevölkerung

in die entstehenden Industriestädte mit sich brachte (was beispielsweise in Niederösterreich nicht vor der sog. Gründerzeit im dritten Viertel des 19. Jh. einsetzte).

Bis dahin waren Städte im Laufe der Geschichte nie wirklich Orte der Massenproduktion gewesen, sondern eher „Informations- bzw. Austauschzentren“, wobei unter „Informationen“ weithin Autorität, Handelsgüter, Wissen usw. verstanden werden. Folglich handelt es sich bei Städten typischerweise um menschliche Siedlungen, die die „Tragfähigkeit“ (eng. carrying capacity) ihrer lokalen Umgebung übersteigen - was darauf hindeutet, dass ein organisierter Import von Nahrungsmitteln und ein gewisses Maß an Organisation zur Abfallbeseitigung erforderlich sind. Historisch gesehen war die Lebenserwartung in Städten im Vergleich zu ländlichen Gebieten auch geringer, was auch bedeutet, dass das städtische Wachstum eng mit der Zuwanderung verknüpft war.

.....

**Statistik Austria:
3,34 Mio. Einwanderer
nach Österreich seit 2000**

Kürzlich habe ich mir die Bevölkerungsprognose von 2024-2080 der Statistik Austria genauer angesehen, und diese hat es durchaus „in sich“ (alle Hervorhebungen sind von mir):

Österreichs Bevölkerung wächst und altert. Dieser Prozess, der schon in den vergangenen Jahrzehnten zu beobachten war, wird sich auch in Zukunft fortsetzen. [...] Demnach wird die Bevölkerungszahl Österreichs **von 9,13 Mio. (2023) bis 2040 um 5,5% auf 9,63 Mio.** wachsen, bis 2080 schließlich um 11,5% auf 10,18 Mio. Der Bevölkerungsanteil der Altersgruppe 65+ steigt in den nächsten sechs Jahrzehnten von 19,7% (2023) auf 29,3% (2080). [S. 5]

Damit jedoch nicht genug, denn dieses „Update“ der Bevölkerungsprognose aus dem Jahr 2024 bietet so manche andere Neuerung gegenüber dem aus 2022 stammenden vorherigen Modell:

Seit dem Jahr 2013 ist die Bevölkerungsprognose auch nach dem Geburtsland differenziert, und zwar nach dem dichotomen Merkmal „im Inland/Ausland geboren“. **Seit 2022 wird dieses dichotome Merkmal sukzessive erweitert auf Geburtslandcluster** (gruppierte Geburtsländer). [...] Somit werden für jede Gruppe von Geburtsländern zusätzliche Parameter geschätzt, welche das Emigrationsverhalten der einzelnen Personen in Abhängigkeit von Alter, Geschlecht, Wohnbundesland sowie bisheriger Aufenthaltsdauer in Österreich setzen. [S. 6]

.....

Inhaltsverzeichnis:

Freihandelsabkommen Mercosur	Seite 5
Sprache damals und heute	Seite 7
Leserbrief „Ende des Handwerks“	Rückseite
Vortrag „Neutralität und EU“	Rückseite

Historische Eckpunkte von Einwanderung nach Österreich

So viel dazu. Was die Statistik Austria nicht darlegt, aber wichtig ist, ist Folgendes:

Für den größten Teil seiner modernen Geschichte war Österreich (in seinen Grenzen nach 1918/45) ein „Auswanderungsland“, wie Sylvia Hahn in der einschlägigen Enzyklopädie zur Migration (ich habe hier nur die englische Version bei der Hand: Encyclopedia of Migration, wo diese Passage auf S. 83ff. ist). Dennoch - hier sind die wichtigsten Erkenntnisse:

Die Mehrheit der ausländischen Einwanderer, die nach den 1960er Jahren nach Österreich kamen und dort blieben, waren gezielt angeworbene Wanderarbeiter beiderlei Geschlechts, insbesondere aus der Türkei (Anwerbevertrag von 1964) und dem [ehemaligen, Anm.] Jugoslawien (1966). [...] Wie in Deutschland gab es kein Interesse an der Integration oder dauerhaften Ansiedlung dieser Gastarbeiter ... anfangs wurden die vereinbarten Einwandererquoten kaum erreicht; **Erst nach 1969 stieg die Zahl der Gastarbeiter rasant an und erreichte 1973 mit 226.800 einen ersten Höhepunkt. 1974 wurde die Anwerbung eingestellt und zehn Jahre später sank die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte um etwa 40% auf 138.700.**

Ja, die Wohnbevölkerung war damals kleiner (Österreichs Wohnbevölkerung wuchs von 1961 bis 1971 von etwas über 7 Mio. auf fast 7,5 Mio.), das heißt, der Anteil der Einwanderer an der Gesamtbevölkerung war anders (geringer).

Migration nach Österreich seit 2000

Diese Passage wiederum ist - erneut - aus der zuvor ausgewiesenen Prognose der Statistik Austria:

Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts wanderten im Durchschnitt etwa 110.000 Personen pro Jahr nach Österreich zu. Mit dem Jahr 2011 stieg die internationale Zuwanderung stark an. Die EU- Erweiterungen und das damit verbundene Auslaufen der Übergangsbestimmungen am Arbeitsmarkt für neu beigetretene EU-Staaten, aber auch die



Sander-Faes ist Historiker, Professor für Geschichte der Frühen Neuzeit. Studierte von 2001 bis 2006 Geschichte und Englisch an der Universität Wien. Anschließend begann er ein Doktoratsstudium in Wien und wechselte 2009 an die Universität Graz, wo er 2011 seinen Ph.D. erwarb. Er habilitierte sich 2018 an der Universität Zürich für Geschichte der Neuzeit. Von 2015 bis 2021 hatte er einen Lehrauftrag an der Universität Freiburg. 2018 hatte er eine Gastprofessur an der Columbia University in den USA. Nachdem er als Oberassistent und Privatdozent an der Universität Zürich tätig war, kam er 2020 als außerordentlicher Professor für Frühe Neuzeit an die Universität Bergen in Norwegen. Im Oktober 2018 wurde sein erstes Buch veröffentlicht.

Fluchtbewegungen infolge politischer Krisen führten dazu, dass sich die **Zuwanderung bis 2015 nahezu verdoppelte (214.000 Personen). Das waren um 100.000 mehr als im Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2010.** Aber auch im darauffolgenden Jahr **2016 wurde mit einer Immigration von 174.000 Personen** ein überdurchschnittlich hoher Wert beobachtet. In den Folgejahren sank die internationale Zuwanderung bis 2019 auf durchschnittlich 150.000. Nach einem weiteren **Rückgang auf 136.000 Personen im Jahr 2020 infolge der COVID-19-Pandemie** führte die Zuwanderung aus der Ukraine im Jahr 2022 zu einem neuen Rekordwert von 262.000 Personen. [S. 13]

Lassen Sie uns hier etwas rechnen: In den 2000er Jahren kamen rund 1,1 Mio. Einwanderer nach Österreich; In den 2010er Jahren kamen weitere mehr als 1,5 Mio. nach Österreich; Und im schrecklichen Covid™-Jahr

gelang es weiteren 136.434 Einwanderern, „trotz“ (sic) aller Lockdowns und anderer Maßnahmen - erinnern Sie sich noch daran, dass Ihnen das Betreten von Parkanlagen untersagt war? -, Einschränkungen etc. im Jahr 2020 nach Österreich einzuwandern; die Zahlen von 2020-2023 summieren sich auf weitere 740.000 Einwanderer.

.....

Von 9,05 Mio. (2024) Einwohnern sind lediglich 5,71 Mio. „Einheimische“, was etwa 63% der Gesamtzahl entspricht. Wenn man nun bedenkt, dass diese Veränderungen innerhalb des letzten Vierteljahrhunderts stattgefunden haben, denke ich, dass die Begriffe „historisch“ und „beispiellos“ nicht leichtfertig verwendet werden.

Hier ist die englischsprachige Wikipedia dazu (Quelle; meine Übersetzung):

Laut offiziellen Schätzungen der Statistik Austria hatten im Jahr **2011 81% der Einwohner bzw. 6,75 Millionen keinen Migrationshintergrund** und mehr als 19% bzw. 1,6 Millionen Einwohner hatten mindestens einen Elternteil mit Migrationshintergrund. [Klärung erforderlich] **In Österreich leben mehr als 415.000 Nachkommen von im Ausland geborenen Einwanderern**, von denen die große Mehrheit eingebürgert ist.

Laut Eurostat gab es im Jahr 2010 in Österreich 1,27 Millionen im Ausland geborene Einwohner, was 15,2% der Gesamtbevölkerung entspricht. Davon wurden 764.000 (9,1%) außerhalb der EU und 512.000 (6,1%) in einem anderen EU-Mitgliedstaat geboren.

Derzeit leben 350.000 ethnische Türken (darunter eine Minderheit türkischer Kurden) in Österreich. Mit etwa 3% der Gesamtbevölkerung stellen sie die größte ethnische Minderheit in Österreich dar.

Im Jahr **2018 betrug der Anteil der im Ausland geborenen Menschen rund 19% der Gesamtbevölkerung, was nach Luxemburg auch der zweithöchste im Ausland geborene Anteil aller EU-Länder ist.**

Hier stehen wir derzeit, wie aus der deutschen Version des Wikipedia-Eintrags zur Demografie, Unterkapitel „Asylsituation“, hervorgeht:

In Österreich stieg die Zahl der Asylansprüche in den vergangenen Jahren

kontinuierlich von 11.012 Anträgen im Jahr 2010 auf 28.064 im Jahr 2014. Experten des Innenministeriums prognostizieren für 2015 einen Anstieg auf mindestens 80.000^[14] statt der ursprünglich angegebenen 40.000. Das ist gemessen an der Bevölkerungszahl weit mehr als in Deutschland.

^{[15][16]} **Im ersten Quartal 2015 betrug der Zuwachs der Asylanträge dann bereits 149,7% statt der erwarteten 43%.**

Per 1. April 2015 befanden sich 33.859 Personen in Grundversorgung (Unterbringung, Verpflegung, Versicherung, Taschengeld, Rechtsberatung). Die Kosten für die Grundversorgung tragen der Bund (60%) und die Länder (40%). Für 2015 wird mit einer Verdopplung der Ausgaben gerechnet. Hinzu kommen die Kosten für das Asylverfahren von 1.400 Euro pro Flüchtling. Nach positiver Erledigung eines Asylantrags sind anerkannte Flüchtlinge berechtigt, bedarfsorientierte Mindestsicherung zu beziehen.

So viel zu der Vergangenheit - diese Einwanderung ist bereits Geschichte; Wie aber steht es um die Zukunft Österreichs (und der übrigen europäischen Länder)?

Zukunftsprognosen: +1,5 Mio. Einwanderer 2025-2035

Diese Passagen sind erneut aus der zuvor ausgewiesenen Prognose der Statistik Austria:

In der aktuellen Prognosegeneration wird unterstellt, dass die **internationale Zuwanderung langfristig jährlich 147.350 Personen** beträgt (Tabelle 2). [S. 13]

.....

Langfristig werden für den Korridor der oberen und unteren Zuwanderungsvariante ± 30.000 Personen angesetzt. Somit rechnet die obere Variante **ab 2035 mit jährlich 177.350 Immigrant:innen, die untere Variante hingegen mit 117.350.**

Jährlich. Ab 2025. Nachdem von 2025-2034 weitere knapp 1,5 Mio. Menschen - gemäß den Prognosen der Statistik Austria - erwartet werden.

Die Ursachen der sinkenden Fertilitätsrate

In Kombination mit den sehr niedrigen Geburtenraten wird die ein-

heimische Bevölkerung, die derzeit etwa 60% der gesamten Wohnbevölkerung ausmacht, zu diesem Zeitpunkt - in einem Jahrzehnt (!!!) - in der Minderheit sein. Ja, Einbürgerungen und Nachkommen der 2. und 3. Generation werden einen Teil dieser Rückgänge ausmachen, aber hier liegt das Problem:

Die einzige Nachkriegs-Frauenkohorte, die durchschnittlich mehr als zwei Kinder geboren hat, war der Geburtsjahrgang 1946/47 mit 2,05 Geburten. Jüngere Jahrgänge der frühen 1970er Jahre, die ihre reproduktive Phase noch nicht abgeschlossen haben, liegen derzeit bei rund 1,65 Kindern pro Frau. [S. 8]

Wenn Sie sich an dieser Stelle fragen, woher denn diese sinkenden Fertilitätsraten kommen, so bieten die Demographen von Statistik Austria ebenso eine - meines Erachtens plausible - Erklärung an (dies ist kein Werturteil meinerseits):

Das durchschnittliche Fertilitätsalter (DFA) ist seit dem Ende der 1970er Jahre stetig gestiegen und lag österreichweit 2011 erstmals bei 30 Jahren. Seitdem nahm es bundesweit bis 2023 um etwas mehr als ein Jahr auf 31,2 Jahre zu. Die regionale Spannweite beträgt derzeit 1 Jahr mit einem Maximum in Tirol (31,7 Jahre) und einem Minimum in Oberösterreich (30,7 Jahre). In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre war das durchschnittliche Fertilitätsalter österreichweit mit 26,2 Jahren noch um fünf Jahre niedriger als derzeit. Wie bei der TFR sind die regionalen Unterschiede auch beim Fertilitätsalter seit 2001 relativ konstant geblieben. Auch hier lässt sich derzeit keine Konvergenz beobachten.

Das relativ niedrige Fertilitätsniveau steht eng im Zusammenhang mit dem Anstieg des Fertilitätsalters. Verstärkte Bildungsbeteiligung und höhere Erwerbstätigkeit von Frauen, die damit verbundenen Karriereplanungen, aber auch die Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie führen dazu, dass Paare ihre Kinderwünsche auf ein höheres Alter verschieben. Dies manifestiert sich, wie zuvor beschrieben, im langfristig anhaltenden Anstieg des durchschnittlichen Fertilitätsalters. In der Prognose wird angenommen, dass

das DFA langfristig österreichweit auf 33,5 Jahre steigt. Für die Bundesländer wird analog zur Gesamtfertilitätsrate unterstellt, dass die regionalen prozentuellen Abweichungen vom Österreichwert im durchschnittlichen Fertilitätsalter bis zum Jahr 2080 weiterhin konstant bleiben. [S. 9]

Die möglichen Konsequenzen der Corona-Impfkampagnen bleiben übrigens außen vor.

Fazit: Massenmigration > Politische Entscheidungen

Was können wir dann aus diesen Informationen ableiten? Hier sind drei Hauptschlussfolgerungen sowie ein abschließender Gedanke.

Ein Wort der Warnung: Ich denke, es ist fair, hier und im Folgenden auf „den Westen“ zu verallgemeinern, also hier:

Erstens gab es bis in die (späten) 1960er Jahre keine Massenmigration, und sie begann mit der Erkenntnis seitens der Wirtschafts- und politischen Eliten, dass das damals aktuelle Wirtschaftsmodell (im Grunde der „Keynesianismus“) sowohl im Hinblick auf den Energie- und Materialeinsatz („Grenzen des Wachstums“) als auch im Hinblick auf ihre gesellschaftspolitischen Folgen unhaltbar war (siehe Michał Kaleckis bahnbrechenden Artikel „Political Aspects of Full Employment“) aus dem Jahr 1943. Wie das österreichische Beispiel deutlich zeigt, waren die von Wirtschafts- und Politikführern angenommenen „Lösungen“ daher zweierlei:

Verträge zur Anwerbung von Gastarbeitern wurden ausgehandelt (1964, 1966), um billige Arbeitskräfte zu importieren und das im Wesentlichen keynesianische Produktionsmodell aufrechtzuerhalten.

Gleichzeitig nahm Wien Verhandlungen mit der UdSSR über die Lieferung von Erdgas auf, um sicherzustellen, dass auch genügend bezahlbare Energie zur Verfügung stand; Die ersten Lieferungen von „russischem Gas“ begannen im Jahr 1968 und hatten zur Folge, dass die „Grenzen des Wachstums“ ausgehebelt wurden (wie in einem informativen ORF-Beitrag dargestellt).

Zweitens sind Massenmigration und Energiepolitik nicht nur siamesische Zwillinge, sondern Ausdruck bestimmter politisch-ökonomischer Strukturen, die die Kontrolle von oben betonen

und gigantische Oligopole = sektorale Monopole ermöglichen, die von wenigen ausgewählten Eliten entlang kartellartiger Strukturen geführt werden. Das bedeutet, dass die Entscheidung zur Ausweitung der Masseneinwanderung und der Energieimporte vor allem ein Politikum war, deren „Nebenprodukt“ auch die Veränderung von Familienstrukturen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen mit sich brachte: Wenn man nicht zu viele Arbeitsmigranten importieren will, gibt es immer die Möglichkeit, einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung, der bisher im Großen und Ganzen außerhalb der „Wirtschaft“ blieb, zu einem integralen Bestandteil davon zu machen: Voilà, der Einstieg in die (zweite Welle) des „Feminismus“ und die sogenannte „sexuelle Revolution“.

Zu den positiven Nebeneffekten für die Herrschenden zählen somit ein massiver Druck auf die Löhne aufgrund des drastischen Zustroms von Frauen in den Arbeitsmarkt - und der gleichzeitige drastische Anstieg des Geburtsalters von Frauen von Mitte 20 (in den 1970er Jahren) auf Anfang 30 (heute). Kurz gesagt: Wirtschaftliche und politische Eliten haben vor über fünfzig Jahren die Probleme geschaffen, mit deren Folgen wir uns jetzt befassen, und für die dieselben Wirtschafts- und politischen Eliten ihre „Lösungen“ „anbieten“, die bei näherer Betrachtung eine wahre Trojanische Pferdeherde sind.

Schließlich kann es keinen Zweifel an den verheerenden Folgen der Überalterung, der Masseneinwanderung und des Rückgangs der Freiheit im Westen geben. Allein aus steuerlicher Sicht stellt die Masseneinwanderung eine große Belastung dar (und nein, es sollte bei weitem nicht so sein, dass alles mit einem Preisschild verbunden ist, aber die Kosten, die der Wohnbevölkerung durch die Masseneinwanderung entstehen, müssen berücksichtigt werden). Niederländische Forscher haben gezeigt, dass die wahllose Masseneinwanderung, wenn überhaupt, nur wenige steuerliche Nettovorteile mit sich bringt, und deren Abhandlung „Borderless Welfare State - The Consequences of Immigration for Public Finances“ (2023) verdient weitaus mehr Aufmerksamkeit (TKP hat darüber berichtet).

Wie auch die Zahlen aus Österreich zeigen, wird der Import von immer

mehr Menschen, die von der „Öffentlichkeit“ überaus großzügig unterstützt werden, im Laufe der Zeit sowohl gesellschaftliche Spannungen hervorrufen („Warum bekommen diese Einwanderer alles Geld, für das ich arbeiten muss?“) als auch zunehmende finanzielle Sorgen: Wenn ein wachsender Anteil der Einwohner Geld erhält anstatt in das System einzuzahlen, werden diese Sozialstaaten bald bankrott gehen. Dies ist weder meine Hoffnung noch meine Meinung, sondern eine mathematische Gewissheit. Darüber hinaus wird jede mögliche „Reaktion“ wahrscheinlich viele der „Rechte“ - eigentlich: Privilegien - abschaffen, die den Westlern in der Schule als „universal“ beigebracht wurden, wie zum Beispiel (sogenannte) „Menschenrechte“ (sic), Asylrechte oder das „gesetzliche Recht“ auf jegliche Transferzahlung.

Gibt es einen Silberstreif am Horizont? Hier sind die Forscher von Statistik Austria noch einmal:

Unter dem generellen Ausschluss von Wanderungen würden hingegen Zahl und Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung langfristig gegen Null gehen. [S. 38]

Da ich fast die Hälfte meines Lebens (und den größten Teil meines Erwachsenenlebens) als Einwanderer in zwei bis drei Ländern verbracht habe, kann ich mich nicht für einen vollständigen Stopp der Migration aussprechen. Auch steht außer Frage, dass ein Gutteil der Einwanderer hier wie dort lieber an der Einwanderungsgesellschaft teilhaben wollen denn in ihren „shitholes“ (Donald Trump) zu bleiben.

Ich bin also der Meinung, dass qualifizierte und bedarfsgeprüfte Einwanderung fortgesetzt werden sollte - aber dass die Beendigung der unendlichen Aufnahme von jährlich rund 150.000 Migranten, von denen einige Analphabeten sind und viele nie zum Staatshaushalt (Sozialversicherungssystem) der Aufnahmeländer beitragen werden, weder „rechtsextrem“ ist noch irgendeine andere Form von „Extremismus“. Es ist einfach die Anerkennung der Realität.

Die kognitive Dissonanz zwischen den aktuellen politischen Führern und ihren Mitläufern in den „Leit- und Qualitätsmedien“, aber auch in „Wissenschaft und Forschung“ ist jedoch enorm: Die oben genannten Zahlen lassen sich

nicht ewig verschleiern, viele Menschen bemerken drastische Veränderungen in ihrer jüngeren Vergangenheit (seit 2000), und Jahr für Jahr sprechen Wirtschafts- und Politikführer von der Krise auf dem Arbeitsmarkt.

Nun beantworten Sie bitte folgende Frage: Wenn ein kleines Land wie Österreich (ca. 84.000 km², ca. 9,2 Mio. Einwohner) seit 2000 bereits über 3 Mio. Einwanderer aufgenommen hat – warum sollte es dann einen „Arbeitskräftemangel“ geben (können)?

Hier stimmt etwas ganz gewaltig nicht, und wenn wir nicht bald gegensteuern, werden wir wahrscheinlich einen sprunghaften Zusammenbruch der Sozialversicherung der staatlichen Gesundheitssysteme im gesamten Westen erleben.

Wenn die Geschichte uns etwas lehrt, dann, dass es in der Vergangenheit bei solchen innenpolitischen Krisen immer nur ein Mittel gab, um den Machtverlust abzuwenden: Krieg mit seinen Begleiterscheinungen wie Ausgangssperren, Rationierung und Tyrannei.

Diesmal wird es jedoch keine Sieger geben.

Stephan Sander-Faes

Artikel entnommen aus „tkp-Blog für Science und Politik“ <https://rb.gy/63bm5b>

Prof. Bhakdi und Ex-Pfizer-Toxikologe fordern:

mRNA-Impfungen sofort weltweit einstellen!

Das brandaktuelle Sachbuch dazu ab sofort erhältlich unter ISBN: 978-3-98992-162-7

<https://rb.gy/4za5al>



MERCOSUR – Ein Freihandelsabkommen, wie jedes andere?

von Ing. Paul Pree, Landwirt aus Oberösterreich

Seit über 25 Jahren ist an dem Handelsabkommen mit den südamerikanischen Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay, die sich zu einem Binnenmarkt zusammengeschlossen haben, der 72% der Fläche Südamerikas mit 260 Millionen Menschen umfasst, verhandelt worden. Nachdem das ursprüngliche Abkommen nur durch einen einstimmigen Beschluss der EU-Mitgliedstaaten in Kraft treten hätte können, wurde es in einen politischen Teil und in einen Handelsteil aufgespalten. Dabei wurde auch festgelegt, dass plötzlich nur noch eine qualifizierte Mehrheit reicht, um den Vertrag durchzuwinken. Damit reagierte man nicht zuletzt auch auf einen aufrechten Parlamentsbeschluss Österreichs aus dem Jahr 2019, der es den österreichischen Entscheidungsträgern nicht gestattet hätte, für das Abkommen zu stimmen.

Neben Österreich waren es aber vor allem Frankreich, Polen, Italien und Ungarn, die ihre Bedenken hinsichtlich der möglichen Auswirkungen auf ihre heimische Landwirtschaft und Umweltstandards äußerten. Zünglein an der Waage war aber **Italien**, welches bei der Abstimmung über das Mercosur-Abkommen im Europäischen Parlament am 21. Jänner 2026 letztlich doch dafür stimmte. Zeitgleich stimmten die Parlamentarier aber mit einer knappen Mehrheit für eine Überprüfung des Abkommens durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH). Dadurch verzögert sich der Ratifizierungsprozess erheblich, da die Dauer für die rechtliche Prüfung durch den EuGH unklar ist und zwischen 16 und 26 Monaten liegen kann. Ob die EU-Kommission eine vorläufige Anwendung des Abkommens anordnet, bleibt noch abzuwarten.

Dient Mercosur vielleicht nur als Ablenkung, passiert im Hintergrund vielleicht ähnlich wie bei einem Puppentheater etwas ganz anderes, was sich aber unseren Blicken entzieht, weil wir so fixiert sind, auf das, was wir sehen, bzw. was uns von den Medien gesagt wird. So ist wahrscheinlich den meisten Menschen entgangen, dass am 1. August 2020 ein Freihandelsabkommen mit **Vietnam** in Kraft trat, oder im Jänner



2023 jenes mit **Neuseeland**. Über die Abkommen mit **Indien** und **Australien** wurde ebenfalls sehr spärlich berichtet, ganz zu schweigen vom DCFTA. Diese Abkürzung steht für „Deep and Comprehensive Free Trade Area“, was auf Deutsch „Vertiefte und Umfassende Freihandelszone“ bedeutet und ein Teil des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und den Ländern **Ukraine, Georgien und Moldawien** ist.

Erst im Herbst 2025 unterzeichnete Landwirtschaftsminister Mag. Norbert Totschnig das überarbeitete **Assoziierungsabkommen mit der Ukraine**, welches zum Teil enorme Steigerungen der Importquoten umfasst: Weizen (+30%), Mais (+54%), Geflügel (+33%), Eier (+200%), Butter (+233%), Milchpulver (+308%), Kondensmilch (+150%), Zucker (+398%) und Honig (+483%). Bauernbundpräsident DI Georg Strasser kommentiert dann diese Zahlen vom Rednerpult im Parlament aus mit den Worten: „Was braucht es im Handel mit Drittstaaten, was die Landwirtschaft und die Lebensmittelproduktion betreffen, es braucht maßvolle Kontingente und gleiche Produktionsbedingungen.“ Ich denke, diese Zahlen sprechen für sich und was die Produktionsbedingen betrifft, hat sich die Ukraine nicht umsonst einen Namen als „Kornkammer Europas“ gemacht!

Entwicklung des Landbesitzes in der Ukraine

Die Entwicklung des Landbesitzes in der Ukraine ist seit 2014 eng mit

den politischen und wirtschaftlichen Veränderungen im Land verknüpft. Agrarholdings und große landwirtschaftliche Unternehmen haben in den letzten Jahren stark an Einfluss gewonnen. Wirtschaftskrisen, angestoßen durch den Konflikt mit Russland und Importbeschränkungen, haben dazu geführt, dass viele Kleinbauern in die Armut abrutschen. Kleine Betriebe haben Schwierigkeiten, da große Agrarholdings oft effizienter sind und es für sie vor allem einfacher ist, an Anleihen und Kredite zu kommen. Obwohl seit 2001 in der Ukraine ein Moratorium auf den Verkauf von landwirtschaftlichem Land besteht, wurde 2024 ein Gesetz verabschiedet, das den Verkauf von landwirtschaftlich genutztem Land unter bestimmten Bedingungen erlaubt, was jedoch mit Bedingungen und Vorschriften verknüpft ist, um großen Erwerb durch ausländische Investoren einzuschränken. Die Regierung entschied sich zu diesem Schritt, um durch den Verkauf und die Vermietung von landwirtschaftlichem Land für wirtschaftliche Erholung zu sorgen.

Wenig überraschend ist also der größte Grundbesitzer in der Ukraine die **Kernel Holding S.A.**, die ihren Sitz in Luxemburg hat. Kernel ist der größte Produzent von Sonnenblumenöl und bewirtschaftet etwa 582.000 Hektar Land, das ist mehr als die gesamte Agrarfläche Oberösterreichs! Die landwirtschaftliche Nutzfläche in Oberösterreich beträgt insgesamt etwa 503.000 Hektar. **UkrLandFarming** mit Sitz in Zypern ist zweitgrößter Grundbesitzer und bewirtschaftet ca. 403.000 Hektar. Viele der größten Agrarunternehmen, die in der Ukraine tätig sind, haben eine ausländische Registrierung, darunter auch Unternehmen wie **Monsanto** und **Cargill**. Erst auf Platz 10 der größten Grundbesitzer der Ukraine ist die ukrainische Agrarholding **Nibulon** zu finden, mit einer Anbaufläche von 82.500 Hektar. Ihre Hauptprodukte sind Getreide (Weizen, Gerste und Mais), Ölsaaten und Tierhaltung mit Milchkühen und Schweinen in mehreren Regionen der Ukraine.

Österreich und unsere Kulturland-

schaft wurden geprägt von vielen kleinen, bäuerlichen Familienbetrieben. Oft tragen unsere Bauernhöfe in Österreich die Erbhof-Plakette. Eine besondere Auszeichnung, die ein Hof erhält, wenn er seit mehr als 200 Jahren in Familienbesitz ist. Aber was passiert gerade? Der sogenannte Strukturwandel schreitet weiter voran. Waren es beim EU-Beitritt vor allem die ganz kleinen Betriebe, die aufgegeben haben, folgen mittlerweile Betriebe mit 30 bis 40 Kühen, die ihre Stalltüren für immer schließen. Reiner Ackerbau mit 60 Hektar rechnet sich nicht einmal mehr im Nebenerwerb.

In Österreich schließen jeden Tag neun landwirtschaftliche Betriebe, steigen also aus der Produktion aus.

Die am 24. November 2025 veröffentlichte Wifo-Studie, wonach gerade einmal **vier von hundert** an der Kassa im Supermarkt ausgegebenen Euros bei uns Bauern ankommen, untermauert die katastrophale Situation der landwirtschaftlichen Urproduktion. Wir sind die Letzten in der Wertschöpfungskette! Die Studie zeigt deutlich, dass nicht die Bäuerinnen und Bauern die Preistreiber der hohen Inflation sind, sondern dass mittlerweile Energie, Logistik, Personal, Verpackung und immer mehr Importe die Kosten dominieren. Zusammenfassend sieht Franz Sinabell, Chef des Wirtschaftsforschungsinstitutes, die Bauern in einer schwierigen Sandwich-Position: „Sie tragen das volle Produktionsrisiko, profitieren aber kaum von Preiserhöhungen im Supermarkt, da die Margen in anderen Teilen der Kette hängen bleiben.“ Abschließend stellt er fest: „In der Landwirtschaft lässt sich nur so viel verdienen, dass man gerade über die Runden kommt, aber **an** der Landwirtschaft lässt sich gut verdienen!“ Sinabell fordert daher mehr Transparenz entlang der gesamten Wertschöpfungskette, um sichtbar zu machen, an welcher Stelle der Kette der Wertzuwachs tatsächlich stattfindet und wo der Profit hängen bleibt.

Ich sehe hinter dieser Entwicklung eine ganz klare **Machtverschiebung in Richtung der Konzerne** und die EU fungiert aus meiner Sicht als Brandbeschleuniger. Das „Demokratiedefizit“, von dem in politikwissenschaftlichen Debatten

oft zu hören ist, wird immer offensichtlicher. Für mich ist Brüssel der größte Schauplatz für Lobbyismus. Große Konzerne haben die finanziellen Mittel, hunderte Experten permanent in Brüssel zu stationieren, um an Gesetzestexten mitzuschreiben. Die Lobby der Konzerne (Maschinen, Chemie, Handel) hat in Brüssel deshalb oft so leichtes Spiel, weil sie mit einheitlichen Interessen auftritt, während wir Landwirte unspalten lassen, in Groß vs. Klein, Bio vs. Konventionell, Ackerbau vs. Tierhaltung,... - ganz nach dem Herrschaftskalkül „Divide et impera“ (Teile und Herrsche).

Was geschieht da gerade im Hintergrund? Warum treibt man systematisch unsere über Generationen aufgebauten Familienbetriebe ins AUS? Wir produzieren zu Preisen wie vor 30 Jahren und das, obwohl sich unsere Ausgaben verdrei- bis vervierfacht haben. Zwei von drei Betrieben haben aufgegeben und das Drittel, das übriggeblieben ist, ist gewachsen. Ganz nach dem Motto: „Wachse oder Weiche“. Aber Wachstum kostet sehr viel Geld, da kein Stein auf dem anderen bleibt und spätestens der Vergleich unserer Produktionsbedingungen mit jenen in der Ukraine zeigt, wir werden nie zu den Großen gehören. Sind wir vielleicht nur lästige Konkurrenz, die den Mächtigen eventuell bei der Umsetzung ihres Planes in die Suppe spucken könnten?

„Kontrolliere das Erdöl und du kontrollierst die Nationen, kontrolliere die Lebensmittel und du kontrollierst das Volk.“

Dieses Zitat aus den frühen 1970er-Jahren stammt von niemandem geringeren als Henry Kissinger, dem ehemaligen US-Außenminister. Kissinger tätigte diese und ähnliche Aussagen im Umfeld der ersten Ölkrise (1973). Während die arabischen Staaten das Öl als Waffe gegen den Westen nutzten, erkannte Kissinger, dass die USA mit ihrer enormen Getreideproduktion ein ebenso mächtiges Gegenstück in der Hand hielten. Kissingers Logik beschrieb damals die Macht von Staaten. Heute hat sich diese Macht zu Konzernen verschoben. Die **„ABCD“-Konzerne** kontrollieren den weltweiten Handel mit Rohstoffen wie Weizen, Mais und Soja. Warum „ABCDs“: **A**rcher

Daniels Midland, **B**unge, **C**argill und **D**reyfus (Louis Dreyfus Company). Diese Firmen sind oft seit über 100 Jahren in Familienbesitz oder privat geführt. Sie besitzen die Schiffe, die Silos und die Logistikketten, um Lebensmittel weltweit zu verschieben. Das „C“ würde ich persönlich doppelt vergeben, da ich auch noch COFCO erwähnen würde, ein staatlicher chinesischer Gigant, der die Ernährungssicherheit der 1,4 Milliarden Menschen in China direkt kontrolliert.

„Die Landwirtschaft ist die Mutter aller Industrien.“

Dieses Zitat verdeutlicht, dass ohne eine funktionierende Urproduktion alles andere (Technik, Handel, Finanzen) in sich zusammenbricht. Ist das vielleicht auch der Grund, dass man die Landwirtschaft in Europa zunehmend in die Knie zwingt, oder soll die Kontrolle über die Lebensmittelproduktion aus den Händen der vielen Bauern in die Hände weniger globaler Konzerne wandern? Damit wäre auch erklärt, warum sich die politische Macht immer weiter weg von der Demokratie hin zum Lobbyismus verschiebt.

Was es braucht, ist ein Schulterchluss der Gesellschaft über alle politischen und gesellschaftlichen Grenzen hinweg. Es braucht ein klares Bekenntnis der Konsumentinnen und Konsumenten zu uns Bäuerinnen und Bauern! Jeder Griff ins Regal zu einem heimischen Produkt ist ein Produktionsauftrag an uns! Fordert bitte auch von Eurer Seite die „allumfassende Lebensmittelherkunftskennzeichnung“, auch für be- und verarbeitete Produkte und fragt bitte Euren Wirt, von wo er seine Produkte bezieht und ob diese garantiert österreichischer Herkunft sind. Manche Gastronomen machen dies ohnedies schon freiwillig, aber viele weigern sich noch. Scheinbar haben diese den Mehrwert, den sie mit österreichischen Produkten mitkaufen, nämlich eine einzigartig gepflegte Kulturlandschaft, die vor allem auch viele ausländische Gäste anzieht, noch nicht erkannt.

Paul Pree

Funktionär im **Unabhängigen Bauernverband UBV**,
siehe www.ubv.at

Kontakt: paulpree@gmx.at

Sprache damals und heute – was verloren ging und was daraus folgt.

Goethe, Schiller und Schopenhauer nutzten die deutsche Sprache auf eine Art, die heute selten geworden ist. Ihre Ausdrucksweise war präzise, differenziert und zugleich lebendig. Mit ihren Worten vermittelten sie komplexe Gedanken verständlich, aber ohne Vereinfachung. Sprache ermöglichte es, tiefgründige Zusammenhänge sichtbar und fühlbar zu machen. Zuhörer und Leser wurden durch diese Art der Rede zur Reflexion angeregt und intellektuell bereichert.

Heute ist die deutsche Sprache anders. Sie wird immer häufiger reduziert und vereinfacht verwendet. Viele Ausdrucksmöglichkeiten verschwinden allmählich aus dem allgemeinen Sprachgebrauch. Metaphern und Bilder weichen technischen Begriffen oder standardisierten Formulierungen. Der sprachliche Ausdruck verliert an Tiefe und Differenziertheit.

Dieser Verlust wirkt sich auf das Denken und die Kultur aus. Wenn Sprache weniger Ausdrucksmöglichkeiten bietet, wird auch das Denken zunehmend einfacher und oberflächlicher. Die Fähigkeit, komplexe Themen kritisch zu betrachten, schwindet langsam. Ideen werden nicht mehr differenziert hinterfragt, sondern vereinfacht dargestellt. Daraus entsteht ein kultureller Raum, in dem es schwierig wird, anspruchsvolle und tiefgründige Inhalte zu vermitteln.

Die Veränderung der Sprache ist deshalb kein rein sprachliches Problem. Sie beeinflusst direkt, wie Menschen denken, lehren und Kultur gestalten.

Was mit der Sprache uns verloren ging – gesprochen im Geiste Goethes

Die Sprache, welche wir einst als höchste Gabe empfangen, war wie ein reicher, blühender Garten. Jeder Begriff, jede Wendung besaß Tiefe, Farbe, Duft und Eigenart, die das Innerste der Seele berührten. Durch



Johann Wolfgang von Goethe
1749-1832

wohlgeformte Sätze wurde die Welt nicht bloß erklärt, sondern lebendig gemacht; das Geistige erschien greifbar, das Ferne nahe und das Verborgene offenbar. So war es die Sprache, die nicht nur Gedanken vermittelte, sondern diese erst wahrhaft hervorbrachte.

Doch wie ein Garten, der nicht liebevoll gepflegt wird, verwildert und verarmt

auch unsere Sprache zunehmend. Es schwindet ihre Kraft, die Gedanken klar und tief zu zeichnen. Was einst in feinsten Nuancen glänzte, verblasst heute oft zur groben Skizze. Die Schönheit und Präzision, welche den Geist einst beflügelten, werden durch flache, blasse Wendungen verdrängt.

Welch weitreichende Folgen erwachsen daraus! Wo Sprache sich vereinfacht, da vereinfacht sich bald auch das Denken. Der Mensch gewöhnt sich daran, nur das Oberflächliche, das Naheliegende zu greifen. Er verlernt, das Schwierige, das Tiefgründige zu fassen und verliert das Bedürfnis, die Welt in ihrer ganzen Vielfalt und Tiefe zu betrachten.

So bedeutet ein Verlust an Sprache stets auch einen Verlust an Geist, Kultur und Bildung. Diese Sprache trägt das menschliche Dasein – sie ist wesentlich, nicht schmückend. Pflegen wir sie nicht sorgsam, so berauben wir uns selbst jener Fülle, die unserem Leben erst Wert und Bedeutung verleiht.

Kommentar: Diese Sprache – sie erklingt wie eine vollendete Symphonie des Geistes, deren Klänge in uns noch lebendig schwingen. Doch müssen wir uns bewusst sein, dass wir vielleicht jene letzte Generation sind, der es vergönnt ist, in dieser reichen Tonart zu denken, zu fühlen und zu sprechen. Lasset uns daher in Demut und Würde Hüter ihrer Schönheit sein, ehe sie verstummt und mit ihr auch ein Stück unseres Geistes für immer vergeht.

Quelle: „Holistische Gesundheit auf Telegram“

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU) ist eine freie und unabhängige Arbeitsgemeinschaft. Seit 35 Jahren werden unsere Aktivitäten **ausschließlich ehrenamtlich** und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninserate!

Einladung zum **Vortrags- und Diskussionsabend**
zum Thema:

Wird die österreichische Neutralität durch die EU ausgehöhlt?

Es spricht:

Inge RAUSCHER

Obfrau der „Initiative Heimat & Umwelt“

am Donnerstag, 9. April 2026, um 18.30 Uhr

im Weinheber-Saal des Volksbildungskreises

in 1040 WIEN, Prinz Eugen-Straße 44/3

*Erreichbar mit der Straßenbahnlinie D, Haltestelle „Belvedere“,
oder 15 Minuten Gehweg ab Hauptbahnhof Wien*

Veranstalter: VOLKSBIIDUNGSKREIS

Eintritt gegen freie Spende, auch für Imbiß und Getränke

Das Ende des Handwerks

Wörtlicher Nachdruck eines in der „Kronen-Zeitung“ vom 19.2.2026 veröffentlichten Leserbriefs.

Wenn ich an die 1990er-Jahre zurückdenke, sehe ich eine Welt, die es heute nicht mehr gibt. Mein Vater war damals als Fahrzeugsattler tätig. Er hatte drei bis fünf Mitarbeiter, besaß mehrere Autos, einen Schrebergarten und konnte sich durch seine harte Arbeit sogar drei Eigentumswohnungen schaffen. Alles durch ehrliche Handwerksarbeit in Österreich. Doch mit dem EU-Beitritt Österreichs änderte sich alles. Mein Vater sah damals die Lawine aus den Billig-Ländern auf uns zurollen und ging fast fluchtartig in Pension, weil er wusste, dass das Handwerk hierzulande gegen diese Konkurrenz und die neuen Regeln keine Chance mehr haben würde. Er sollte recht behalten. Heute, eine Generation später, ist vom damaligen Wohlstand nur noch der Kampf ums nackte Überleben übrig. Wir waren drei Brüder, die dieses Handwerk gelernt haben. Meine beiden Brüder haben bereits aufgegeben; sie betreiben die Sattlerei nur noch nebenbei, weil sie als Selbstständige keine Existenzgrundlage mehr sahen. Ich selbst versuche, die Fahne hochzuhalten, aber der Preis ist absurd: In meiner Werkstatt mache ich ca. 3000 Euro Umsatz im Monat.

Nach Steuern, Miete und SVS bleibt so wenig, dass ich zusätzlich im WIFI unterrichten und nachts Taxi fahren muss, um überhaupt meinen Kühlschrank zu füllen und meine Rechnungen zu bezahlen. Während mein Vater damals noch von seiner Arbeit hervorragend leben und investieren konnte, frisst uns heute der Staat mit Abgaben auf. Wir schauen machtlos zu, wie die Aufträge massenhaft über die Grenzen nach Ungarn oder Tschechien abwandern. Dort kostet die Arbeit einen Bruchteil, während wir hier von der Bürokratie und der Steuerlast erstickt werden. Wenn ein Facharbeiter drei Jobs braucht, um nicht unterzugehen, während sein Vater im selben Beruf noch ein kleines Imperium aufbauen konnte, dann ist dieser Staat für uns Handwerker zum Feind geworden. Ein Schuhproduzent aus dem Waldviertel verweigert aus Protest bereits Steuern - wer kann es ihm verübeln? Wir werden nicht mehr gehört, wir werden nur noch gemolken. Wann hört die Politik endlich auf, Sonntagsreden über das Handwerk zu schwingen, während sie uns in die Armut treibt?

Michael Aichhorn, Enns

ihu@a1.net - www.heimat-und-umwelt.at

WEGWARTE Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt, 36. Jahrgang, Folge 1, März 2026

ZulassungsNr. "SP20Z042089S", Druck: Hannes Schmitz, 3400 Klosterneuburg, Impressum: Medieninhaber/Herausgeber/Verleger:
Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5, Tel.: 0664/489 37 97 oder 0677/643 541 01, ihu@a1.net
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 02.03.2026, **Spendenkonto: IBAN: AT36 6000 0000 0748 3053, BIC: BAWAATWW**